



Arbeiter-Zeitung, 11. September 1919

Unterschrieben!

Im Steinzeitsaal des Schlosses von Saint-Germain hat heute Renner den Vertrag zwischen unserer Republik und den alliierten und assoziierten Mächten unterzeichnet, und wenn auch der Vertrag damit formell noch nicht in Kraft getreten ist, so tritt doch die Bestimmung in Geltung: mit dem Unterschreiben des Vertrages „nimmt der Kriegszustand ein Ende“. Am 28. Juli 1914 hat der Krieg begonnen, am 10. September 1919 wird der Friede geschlossen. Wohl haben wir uns, wenn wir während des Krieges an den Frieden dachten, der dem Menschenmorden ein Ende macht, den Tag des Friedensschlusses anders vorgestellt. „O schöner Tag, wenn endlich der Soldat ins Leben heimkehrt, in die Menschlichkeit.“ Aber der Inhalt des Friedensvertrages ist so grausam, so niederdrückend, daß der Friede, den wir nun haben, uns nicht erhebt, sondern niederdrückt; und die Zukunft, die vor uns liegt und die der Vertrag noch verschärft, ist so traurig, dass der Abschluß der Friedensverhandlungen auch nicht die bescheidenste Genugtuung hervorzurufen vermag. [...] Daß heute der Friedensvertrag unterzeichnet wurde, dieser Vertrag, der unsere Staatlichkeit verstümmelt, unsere Selbstbestimmung vernichtet und in dessen wirtschaftlichen und finanziellen Bestimmungen ja auch das Geschick und die wirtschaftliche Entwicklung jedes einzelnen Menschen dieser Lande beschlossen ist hat die Herzen nicht bewegt; die Unterzeichnung ist den allermeisten eine Neuigkeit wie hundert andere, vielleicht noch Veranlassung und Gegenstand zu leeren Scherzen.

Was die Anschlußgegner vereitelt haben.

Der Friede ist unterschrieben. Deutschösterreich mußte die Verpflichtung auf sich nehmen, den Anschluß an Deutschland ohne Zustimmung des Völkerbundes nicht zu vollziehen. Diese Zustimmung bedarf eines einstimmigen Beschlusses, also auch der Stimme Frankreichs. Sie wird also in absehbarer Zeit nicht zu haben sein. Und Frankreich vervollständigt jetzt seinen Sieg, indem es Deutschland zwingt, alle Bestimmungen der Reichsverfassung, die den Anschluß vorbereiten, zu streichen. So ist der Anschluß zunächst vereitelt. [...] Deutschösterreich hat den Anschluß am 12. November durch einstimmigen Beschluß der Nationalversammlung proklamiert – zu einer Zeit, als Deutschland selbst noch mitten im Sturme seiner Revolution war und kein Mensch dort an den Anschluß auch nur dachte. Der Beschluß war nichts anderes als die revolutionäre Tat, die leidenschaftliche Aufwallung eines ganzen Volkes, dem eben erst das Staatswesen, in das es eingepfercht gewesen war, plötzlich zusammengebrochen ist, das sich mit einmal auf seine schwachen eigenen Kräfte angewiesen sah und das dabei mit instinktiver Selbstverständlichkeit die Heimkehr dorthin suchte, wohin es nach Geschichte und Sprache gehärt und von wo es erst vor wenigen Jahrzehnten gewaltsam losgerissen worden war. [...] Unsere Sache war es, der Welt zu beweisen, daß wir aus eigenem Willen, aus unserem eigensten Lebensbedürfnis zu Deutschland wollen [...] Eine gewissenlose Hetze hat den Willen zum Anschluß in Deutschösterreich unterwühlt. Die Entente sah, daß beinahe die ganze bürgerliche Presse Wiens Tag für Tag die Anschlußpolitik bekämpfte. Sie hörte von christlichsozialen und judenliberalen Politikern [...] Tag für Tag, daß Deutschösterreich auf den Anschluß gern verzichten wolle, wenn man nur den Frieden ein bißchen verbessern wollte. [...] Die Bourgeoise hat das Ideal der nationalen Einheit und Freiheit verraten, um nur ein paar kleine Zugeständnisse an ihre wirtschaftlichen Interessen zu erlangen; und sie hat dabei ganz übersehen, daß alle diese kleinen Zugeständnisse nichts, gar nichts bedeuten gegenüber dem wirtschaftlichen Gewinn, den der Anschluß bedeutet hätte.



Künftige Ziele, 11. September 1919

Wien, am 10. September.

Der 10. September ist der erste Tag des Friedens für Deutschösterreich. Im Steinzeitsaal des Schlosses von Saint-Germain wurde heute der uns gnädigst gewährte Friede unterzeichnet und der Ort der Zeremonie ist sozusagen ein Symbol dessen, wie ungeheuer weit wir durch diesen Friedensschluß in unserer außenpolitischen Stellung und Entwicklung zurückgeworfen werden.

Die politische Wildnis und Zerklüftung, die heute im südöstlichen Mitteleuropa, im Gebiete der ehemaligen Donaumonarchie, herrscht, gleicht auf ein Haar den Zuständen, die in diesen Landstrichen vierhundert Jahre vorher bestanden [...] Dieser Staat, dessen dynastischer Grundstein durch die Wiener Erbverträge vom Juli 1515 gelegt und der während der vierhundert Jahre seines Bestandes durch manche schwere Krise glücklich hindurchgesteuert worden war, ist jetzt der schwersten Krise, jener des furchtbaren, jahrelangen Weltkrieges, nach hartem Ringen erlegen. Das Schlußprotokoll über den Untergang der Donaumonarchie wurde heute in Saint-Germain unterzeichnet und dieses Dokument ist gleichzeitig ein solches unserer völligen außenpolitischen Isolierung. Allein und verlassen wie nie zuvor in ihrer politischen Entwicklungsgeschichte stehen heute die deutschen Alpenländer des zertrümmerten Habsburgerreiches da, aus der seit dem Jahre 1526 bestandenen staatlichen Gemeinschaft losgelöst und großes Landesteile beraubt, aber auch an dem weit älteren und alle die Jahrhunderte hindurch bis zum Jahre 1869 bestandenen Zusammenschluß mit den übrigen Ländern des alten Deutschen Reiches gewaltsam gehindert. [...] Wir haben nicht nur kein wie immer geartetes Interesse an der Erhaltung des durch die Friedensschlüsse von Versailles und St.-Germain geschaffenen Zustandes, sondern wir hoffen auf die Zerstörung der unnatürlichen und für das deutsche Volk unerträglichen politischen und wirtschaftlichen Lage, wir ersehnen die Befreiung unserer fremder Herrschaft unterworfenen Brüder und die Bildung eines das ganze geschlossen deutsche Sprachgebiet umfassenden mächtigen Reiches. An positiven und erhebenden Zielen fehlt es uns also nicht, wohl aber an der Kraft, die heutige, ihnen feindliche Konstellation gewaltsam zu ändern. Während allen andern Völkern die politische Entwicklung es gestattete, ihre nationalen Ideale zu verfolgen, wird der wehrhaftesten Nation die Möglichkeit einer nationalen Politik durch die Satzungen des Völkerbundes genommen, die einen Bestandteil derselben Friedensverträge bilden, durch die dem deutschen Volke so schweres Unrecht widerfährt. [...] Unsere Aufgabe ist, dazu zu sehen, daß wir beim nächsten Mal festeren Boden unter den Füßen haben als diesmal und indem wir dabei vornehmlich an der Festigung des Staates im Inneren arbeiten, tragen wir damit gleichzeitig die Steine zu einem Umbau der heutigen politischen Weltlage zusammen, durch den auch dem deutschen Volk sein Recht werden wird.